

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Emmegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilt. Bell Jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 49

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Montag, den 27. Februar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Blattenteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für einige Leser.

* Der Wahltermin für die Präsidentschaftswahl hängt von dem Zeitpunkt ab, in dem Obersächsisch in die deutsche Verwaltung zurückkehrt. Voraussichtlich wird die Wahl nicht vor dem Herbst stattfinden.

* Der Reichstanzler wird schon in der nächsten Zeit in Beratungen mit den Koalitionsparteien eintreten, um eine für das ganze Reich mögliche Kandidatur vorzubereiten.

* In München wurde ein Rechtsanwalt verhaftet, der in Verbindung mit dem Erzberger-Mörder stehen soll.

* Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie hat sich für die Aufnahme der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft erklärt.

* Lloyd George und Poincaré werden nicht in Paris, sondern voraussichtlich in Calais zusammenkommen.

* Zwischen England und Frankreich wurde vereinbart, daß weder die Friedensverträge, noch die Wiederaufbaufrage in Genua behandelt werden dürfen.

* Bei der letzten Delegiertenberatung des Wiederaufbaufondats in London ist beschlossen worden, die deutschen Delegierten zur nächsten Sitzung einzuladen.

Zwischen Winter und Frühling

Dieser Winter unseres Mißvergnügens wird ja wohl auch einmal zu Ende gehen; besonders empfindsame Naturen wollen bereits in Feld und Wald das Herannahen des Frühlings verspüren, und wenn die Sonne zwischen Wolkendübeln einmal flüchtig hervorblickt, stellen sie sich so, als hörten sie schon die Lerchen in den Lüften jubelnd. Aber sollte auch die Natur, die unverwundliche, wie wir gerne hoffen möchten, schon mit der nächsten Monatswende wieder ihre Auferstehung feiern, wir fürchten, die Dinge, mit denen wir uns solange zu plagen hatten, werden auch im kommenden Frühling kein freundlicheres Gesicht annehmen.

Eben erst wieder haben wir, zum Beispiel, eine enorme Brotpreissteigerung erlebt, und die Milliardenverluste durch den Eisenbahnerstreik, die Produktionshemmungen auf allen Gebieten sind in ihren Wirkungen auf die Lebenshaltung des Volkes kaum schon in die Erscheinung getreten. Aber vom 1. März ab werden die Gütertarife abermals um 30 Prozent erhöht, und wenn nicht alles täuscht, sollen ungefähr zum gleichen Zeitpunkt die Kohlenpreise nun aber auch endgültig den Weltmarktpreisen angenähert werden. Was das bedeuten würde, kann sich heutzutage schon jedes Kind ausmalen, denn seit Jahr und Tag ist ja eine Kohlenpreiserhöhung der anderen auf dem Fuße gefolgt, mit stets gleichen Ergebnissen: einer weiteren Herausraubung unseres gesamten Preisstandes. Denn unweigerlich muß sich jede neue Erhöhung der Produktionskosten gemäß dem Grundsatz der Abwälzung auf die gesamte Verbraucherschaft fortsetzen, was dann immer wieder zu Einschränkungen des Absatzes führt und so auch den Produktionsprozeß selbst ins Stocken bringen muß. Nach Gründen für den fortwährenden Niedergang des Marktwertes braucht man sich unter solchen Umständen dann nicht weiter umzusehen. Sinkt aber so die Kaufkraft des Geldes immer mehr ins Bodenlose, so müssen alle Festbepreisten auf ständige Erhöhung ihrer Bezüge Bedacht nehmen, und es kann keine Ruhe geben in den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Beamtenschaft, der Angestellten und schließlich auch der Arbeitererschaft. Sprunghaft geht so der Papiergeldumlauf in die Höhe. Beim besten Willen weiß niemand zu sagen, wie er dem Verlangen unserer Gläubigerstaaten entsprechend zum Stillstand gebracht werden soll. Keine Autorität will mehr halten, kein Widerstand läßt sich behaupten gegenüber Forderungen, deren Berechtigung unter den unglückseligen Zuständen der Gegenwart nicht bestritten werden kann. Man kann allenfalls über die Formen, in denen sie geltend gemacht werden, verschiedene Meinungen sein, und die Gemüter erhitzen sich mehr als gut ist über Streikrecht und Arbeitspflicht, über lebenswichtige Betriebe und technische Nothilfe. Ganz gewiß nicht zum Wohl der Gesamtheit, die unter diesen fortgesetzten Stößen und Stürmen zu erliegen droht.

Unsere einzige Hoffnung ist auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesetzt. Das große Hilfswerk, zu dem sich alle Schichten der Landwirtschaft zusammengeschlossen haben, ist ausschließlich auf die eigene Kraft gestellt und verspricht Erfolg, wenn nicht die freie Entfaltung der Bearbeitung unseres Bodens durch „das der Städte“ über Gebühr verhindert wird. Die Aufhebung auch des letzten Restes der Zwangswirtschaft für unsere Getreideversorgung ist den Landwirten im vorigen Jahre in Aussicht gestellt worden, und wenn es allein nach dem Reichsernährungsminister Dr. Hermes gehen könnte, würde wohl auch mit der Einführung dieses Versprechens bestimmt zu rechnen sein. Aber man weiß, daß Dr. Hermes nicht überall Anerkennung findet. Hier wird es noch neue schwere Kämpfe geben, deren Ausgang vielleicht von der endgültigen Lösung der großen Koalitionsfrage mit abhängen wird. Aber auch in den industriellen Betrieben kündigen sich an allen Ecken und Enden schwere Erschütterungen an. Bisher ist es im großen und ganzen den staatlichen Gewalttätigkeiten noch gelungen, den Wirtschaftsfrieden mühsam genug aufrechtzuerhalten. Aber je mehr sich mit diesen Arbeitskämpfen politische Treibereien verbinden, desto schlimmer werden die Dinge.

Und unsere Erfüllungspolitik gegenüber der Entente, wie lange wird sie noch zu halten sein? Herr Rathenau müht sich ab in großen Projekten, um den Weg für Genua zu ebnen. Unterdessen steigen in Frankreich die chauvinistischen Fluten und drohen alle Brücken wegzuspülen, die vorsorgliche Hände für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft herzustellen bemüht waren. Auch das sind schlechte Frühlingsschicksale. Wir dürfen es nicht leugnen, nur unentwegte Optimisten werden bei solcher Weltlage ihre Hoffnungen über diesen Winter hinweg behaupten können.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neues Reichvereinsgesetz.

Dem Reichskabinett liegt zurzeit der vom Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf eines neuen Reichvereinsgesetzes vor. Wesentliche Bestimmungen des alten Reichvereinsgesetzes von 1908 sind durch die Weimarer Verfassung überholt worden. Die Anpassung des Vereins- und Versammlungsrechts an die Bestimmungen der republikanischen Verfassung ist bisher von den einzelnen Landesverwaltungen recht verschiedenartig vorgenommen worden. Dem soll das neue Gesetz abhelfen.

Die Arbeitgeber gegen den Organisationszwang.

Der Große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat in einer Sitzung zu Berlin eine Entschließung angenommen, in der er gegen das Bestreben verschiedener Gewerkschaftsgruppen protestiert, die Vorteile der tariflichen Bestimmungen nur denjenigen Arbeitnehmern zuzulassen, die in einem der drei hauptsächlichsten Gewerkschaftsverbände organisiert sind. Der Ausschuss erklärt, daß er es ablehne, sich beim Abschluß von Tarifverträgen von anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen und das Mittel der tariflichen Vereinbarung zu einem Mittel des Organisationszwanges ausarten zu lassen.

Streikfolgen im Deutschen Eisenbahnerverband.

Die Hauptversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes zwang den bisherigen Vorstand zurückzutreten, weil er sich gegen den Lokomotivführerstreik ausgesprochen hatte. Der neue Vorstand setzt sich trotzdem aus zehn Gemäßigten, die gegen den Streik waren, und vier Radikalen zusammen.

Aufnahme der Kommunisten bei den Unabhängigen.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beriet in Berlin über die Aufnahme der sog. Lepp-Gruppe (Rechtskommunisten), die aus der kommunistischen Bewegung ausgeschlossen worden ist. Es wurde beschlossen, die Aufnahme in die Unabhängige Partei den einzelnen Bezirksverbänden zu überlassen, wodurch die Aufnahme der bisher kommunistischen Lepp-Gruppe tatsächlich vollzogen scheint. Weiter beriet die Reichskonferenz über das Verhalten der Parteimitglieder bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für Reichstanzler Dr. Wirth. Zu der Frage wurde eine Entschließung angenommen, in der der Beschluß der Fraktion, der Regierung das Vertrauen zu verweigern, gebilligt wurde. Eine Entschließung gegen die Gruppe Breitscheid, die nicht mitgestimmt hat, fand keine Billigung.

Das Kind als Schulpfand.

Aus der Antwort der Regierung auf eine Anfrage im Reichstag geht hervor, daß die Familie Demange in Nancy die Herausgabe des Kindes Marcelle Seymann, das sie seit 1914 in Pflege hat, weil dessen deutsche Eltern interniert waren, von der vorherigen Erstattung der Unterhaltskosten mit zwei Franken täglich abhängig macht. Seit Oktober 1918, also seit fast dreieinhalb Jahren, ist die Herausgabe des Kindes erst von der schweizerischen Vertretung und dann von der deutschen Botschaft in Paris betrieben worden. Nunmehr ist die deutsche Botschaft in Nancy in der Lage, wegen der Herausgabe des Kindes bei der französischen Regierung erneut vorstellig zu werden und gleichzeitig zu betonen, daß es nicht nur rechtlich unbillig ist, das Kind den Eltern vorzuenthalten, sondern daß ein solches Verhalten auch jedem menschlichen Empfinden widerspricht.

Sozialdemokratische Wahlkampfvermutungen.

Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Loebe sprach in einer Versammlung über die sozialdemokratische Politik. Er betonte, daß die vorgeschlagene Erfassung der Sachwerte durch Mitbestimmung des Staates an den Produktionsmitteln vom Zentrum und von den Demokraten abgelehnt sei. Vielleicht würden wir in zwei Monaten einen Wahlkampf darum haben. Die S. P. D. habe sich mit der Zwangsanleihe vorläufig abfinden müssen. Seitere dieses Kompromisses, was zu ertragen wäre, so werde die Wahlparole sein: „Sollen die Verpflichtungen weiter von den Arbeitenden getragen werden oder von denen, die unter den Kriegsfolgen lange nicht so gelitten haben?“

Großbritannien.

X Einigung mit De Valera. Auf dem Parteitag der Sinnfeiner ist ein Vergleich zwischen De Valera und dem Führer der gemäßigten Sinnfeiner Grifflith zustande gekommen, wonach der Parteitag, ohne ein Urteil über den englisch-irischen Frieden abzugeben, auf drei Monate vertagt wird. In der Zwischenzeit soll die vorläufige Regierung eine Verfassung ausarbeiten. Bei den ersten Wahlen, die auf Grund dieser Verfassung durchgeführt werden, soll das Volk darüber abstimmen, ob es sich für den englisch-irischen Frieden oder für die Republik entscheiden will.

Aus Ja- und Ausland.

Berlin. Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates schloß sich dem Beschluß auf Verlängerung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht bis zum 31. März 1923 an.

Berlin. Zwischen dem Reichswehrminister Groener und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner ist ein neuer Konflikt dadurch entstanden, daß der Minister eine Kommission der Gewerkschaft nicht empfangen wollte, bei der sich auch Beamte befanden, gegen die wegen des Streiks Disziplinarverfahren in der Schweben sind.

Dresden. General Le Rond hat den französischen Kreis kommissaren die Zeitung erteilt, im Falle von Anzeichen für deutsche Ausbreitungen gegenüber französischen Truppen sofort den Belagerungszustand über ihre Kreise zu verhängen und mit aller Energie vorzugehen. Angegebene Mitglieder nationaler Kreise seien unverzüglich als Geiseln festzuhalten.

Weimar. Der thüringische Landtag hat das Grundsteuergesetz, dessen Ablehnung im vorigen Jahre den Sturz des Ministeriums und die Auflösung des Landtages herbeiführte, mit einigen Veränderungen gegen die Stimmen des Landvolkes bei Stimmhaltung der Kommunisten angenommen.

Wien. Der tschechoslowakische Minister des Äußern, Dr. Benesch, hat sich dahin geäußert, daß Österreich in absehbarer Zeit der Kleinen Entente beitreten werde. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, daß an einen solchen Beitritt Österreichs zur Kleinen Entente nicht zu denken sei.

Paris. Die Vorkonferenz über die Ereignisse in Peter Sborf beraten. Es wird gemeldet, daß beschlossen wurde, den genauen Bericht der alliierten Kommission in Obersachsen zu verlangen.

Melbourne. Die australische Regierung hat Verfügungen erlassen, denen zufolge das beschlagnahmte deutsche Eigentum im vormaligen Deutsch-Neu-Guinea nur an australische Soldaten, geborene britische Untertanen oder an Gesellschaften, die vorwiegend britisch sind, verkauft werden dürfe. Der Verkaufspreis werde Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben.

Deutscher Reichstag.

(177. Sitzung.)

CA. Berlin, 24. Februar.

Zur Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerspräsidenten Dato gab zum Schluß der gestrigen Sitzung auf verschiedene Anfragen und Proteste Reichsjustizminister Dr. Radbruch die Auskunft, daß das Deutsche Reich verpflichtet sei, zur peinlichen Beobachtung seiner vertraglichen Verpflichtungen, besonders in dem Augenblick, wo es im Begriff steht, aus einer ähnlichen Rechtslage gleiche Konsequenzen zu ziehen, wie sie von Spanien uns gegenüber jetzt gezogen sind, nämlich in der Frage der Auslieferung der Erzberger-Mörder.

In der heutigen Sitzung wurde nach Erledigung einiger kurzen Anfragen, und nachdem man das Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten dem Bevölkerungsausschuß überwiesen hatte, die zweite Lesung des fünften Nachtragssetats fortgesetzt.

Abg. Steinlopf (Soz.) erklärte, die in diesem Nachtragssetat vorgesehene

Wirtschaftsbeihilfe für alle Reichsbeamten

gehe zu weit. Er beantragte die Wirtschaftsbeihilfe nur bei einem Grundgehalt bis zu 44.000 Mark zu gewähren.

Abg. Schmidt-Stettin (Deutschnat.) widersprach diesem Antrag und bemerkte, mit Ende März müsse die Beihilfe wegfallen. Am 1. April habe eine neue Gehaltsordnung einzutreten.

Abg. Morath (Deutsche Vp.) führte aus, wir können der Vorlage nur zustimmen, wenn eine Neuordnung der Grundgehälter eintritt. Wir bedauern, daß nicht auch den Ruhegehalts- und Wartgeldempfängern und den Hinterbliebenen die Wirtschaftsbeihilfe, die nur ein Provisorium bleiben darf, gegeben wird.

Abg. Dettus (Demokrat) stellte fest, daß seine Parteifreunde dieser Vorlage zustimmen und den sozialdemokratischen Antrag auf Begrenzung der Beihilfe ablehnen.

Abg. Bräunig (U.-Soz.) trat für den sozialdemokratischen Antrag ein.

Abg. Kellotte (Zentrum) sprach gegen die Begrenzung der Wirtschaftsbeihilfe.

Nachdem noch ein Regierungsvorsteher die Bereitwilligkeit der Regierung erklärt hatte, im Einverständnis mit dem Reichstage die Neuordnung der Beamteneinschätzung alsbald herbeizuführen, wurde in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Hertz (U.-Soz.) bekämpfte die Beihilfe für Maisverteilung. Diese Beihilfe sei ihm so bedauerlich, als die Regierung den Zuschuß für Brotgetreide abbaue und damit eine wesentliche Steigerung der Brotpreise verursache.

Abg. Schiele (Deutschnat.) bezeichnete die Schreibereien gegen die Maisbeihilfe als Schwindel. Die Landwirtschaft habe keinen Anlaß, Mais zu Brennereizwecken zu verwenden.

Der Antrag Hertz, die Beihilfe für Maisbeschaffung zu streichen, wurde abgelehnt. Der Nachtragssetat wurde bewilligt, der sozialdemokratische Antrag auf Begrenzung der Wirtschaftsbeihilfe wurde abgelehnt. Dann wurde der Nachtragssetat auch in dritter Lesung genehmigt.

Das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wurde an den 10. Ausschuss verwiesen. Nunmehr kam man zur Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums. Seitens der Kommunisten war die Forderung erhoben, einen Antrag auf Rückgängigmachung der Auslieferung der

Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato mit zu beraten. Dieser Forderung wurde von dem Abg. Dr. Radl (Deutsche Vp.) widersprochen. Es entstand großer Lärm bei den Kommunisten.

Abg. Dr. Bell (Zentrum) betonte, die Auslieferung der Mörder Datos ist einwandfrei, es handelt sich um Anwendung bestehender Verträge. Weiter befürwortete der Redner eine Novelle zum Strafgesetzbuch, durch die ein erhöhter Ehrenschutz ermöglicht wird.

Der Reichsjustizminister über die Rechtspflege.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch bemerkte, hinsichtlich des Gesetzesentwurfes über das Strafrecht werde eine baldige Aussprache herbeigeführt werden. Dabei werden alle Gründe vorgetragen werden. Zahlreiche strafgerichtliche Urteile lassen eine bedauerliche Verfallensartigkeit der Richter für die jetzigen staatlichen und sozialen Verhältnisse erkennen. Der Richter hat nicht den Vorlaut des Gesetzes allein zu beachten, nein der Geist ist die Hauptsache. Das Recht ist nach dem Wortlaut das gleiche geblieben, es hat aber dem Staate zu dienen und dessen Grundlagen sind andere geworden. Und wer dem Gedanken des sozialen Staates fremd oder gar feindlich gegenübersteht, vermag das Recht nur so anzulegen, wie etwa der Teufel die Bibel. Deshalb habe ich die Gründung des republikanischen Richterbundes gebilligt und es bedauert, daß ein solcher Bund überhaupt notwendig ist, daß nicht die gesamte Richterschaft ein einziger republikanischer Richterbund ist. Wir fordern von unseren Richtern nicht, daß sie Gesinnungsrepublikaner sind, wohl aber müssen wir verlangen, daß sie Vernunftrepublikaner sind. Die Richterschaft muß sich klarmachen, daß es sich bei dem steifen

Wirkungen des Gesetzes in die Rechtspflege

nicht etwa um eine Pressemache handelt, sondern man kann dieses Mißtrauen gar nicht erst genug nehmen, auch wenn man es für unberechtigt hält, muß man es als schwerwiegende Tatsache anerkennen. Es handelt sich hier um den Aufschwung in ihrem Gerechtigkeitsgefühl mißhandelten Volkses. Sodann erklärte der Minister, es ist eine Zeitungsangelegenheit, daß auf dem kürzlichen Parteitag für die Ablehnung der Richter

eingeleitet sei, eine Zeitungsfabel ist es auch, daß ein entsprechender Beschluß gefaßt sei. Ein solcher Antrag ist vielmehr mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden. Weiter ging der Minister auf die Reform des juristischen Studiums ein. Wir müssen zu Arbeitsgerichten kommen, die den Arbeitsgerichten und den weiteren Instanzen anzuschließen wären. Zum Schluß erklärte der Minister, ich habe eine neue Amnestie für unumgänglich.

Abg. Bräun (Demokrat) bedauerte die Gründung des republikanischen Nichterbundes, die aber notwendig gewesen sei. Die Gründung dieses Bundes sei wegen des Mißtrauens breiter Volksschichten gegen die bestehende Justiz erforderlich gewesen. Gegenüber Angriffen auf die Staatsautorität von links funktioniere die Justiz, bei Angriffen von rechts stünde aber das Minderwert. Selbst der Reichspräsident ist auf den Weg der Privatklagen gezwungen worden. Weiter ging er auf das Verfahren gegen die Schuldigen des Rapp-Pölsches ein, und dann erwähnte er ein den Mitgliedern des Reichstages zugegangenes Rechtsgutachten eines Juristen höherer Stellung, worin gesagt wird, daß die Feststellungen im Erzberger-Gesetzes-Prozess fast Punkt für Punkt mindestens recht fehlerhaft gewesen seien. Dieses Urteil des Bundesgerichts Berlin sei an dem Erzberger-Wort mißverständlich. Endlich am Schluß erklärte der Redner, wir fordern die Zulassung der Frau auch zum Richteramt. Ferner sind wir für eine baldige Reform des Ehegerichtsrechts. Die Auslieferung der Mörder Dato war gerechtfertigt.

Abg. Herzfeld (Komm.) beschloß sich vor allem mit der Auslieferung der Spanier. Er bekämpfte die gestrigen Ausführungen des Reichsjustizministers und erklärte, Deutschland sei zum Mittel der monarchistischen Spanier geworden.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch ergriff nochmals das Wort, um die Auslieferung der des Mordes an dem Ministerpräsidenten Dato beschuldigten beiden Spanier zu rechtfertigen. Gegenüber den Ausführungen der Vorredner erklärte er für un begründet.

Preussischer Landtag.

(108. Sitzung.) 24. Berlin, 24. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wiederholte der Abgeordnete Schölem (Kommunist) den gefallenen kommunistischen Antrag auf Befreiung der Auslieferung der beiden spanischen Syndikalisten. Namens der Unabhängigen unterzeichnet der Abg. Leib den Protest gegen die Auslieferung. Nachdem der Abg. Kapp (Komm.) Schölems Begründung beigegeben war, schloß sich der Präsident Leinert der Darstellung des Abg. Leib an. Der kommunistische Antrag soll am 6. März mit den Amnestieanträgen behandelt werden.

Die höheren Lehranstalten

wurden nunmehr bei der Fortsetzung der Aussprache über den Aufsatzsatz besprochen. Einzelwünsche werden von den Abg. Hermann (Dem.), Frau Döntrop (U.-Soz.), Frau Dr. Wegscheider (Soz.) vorgebracht. Kultusminister Dr. Voellig gibt Auskunft über die geplanten Reformen.

Die Beamtenbefolgung in Preußen.

Neuordnungsantrag der Deutschnationalen.

Zu der brennenden Frage der Beamtenbefolgung, die bekanntlich auch die Reichsregierung zurzeit stark in Anspruch nimmt, ist im preussischen Landtage ein bemerkenswerter deutschnationaler Antrag Windt und Genossen eingebracht worden, welcher wünscht, mit größter Beschleunigung eine grundlegende Neuordnung der Befolgungsverhältnisse der Beamten, Lehrer und Geistlichen herbeizuführen, und zwar auf folgender Grundlage:

Die Befolgung hat zu bestehen aus einem für alle Beamten u. a. der gleichen Befolgungsgruppe einheitlichen Grundgehalt und einem nach drei Feuerungsklassen abzustufenden Wohnungsgeld. Bei den Gruppen 1 bis 6 ist eine starke Erhöhung der Anfangs- und Endgehälter vorzunehmen. Der zu groß gewordene Abstand der Gruppe 13 von den übrigen Gruppen ist durch Erhöhung der darunter liegenden Klassen zu verringern. Ferner wünscht der Antrag eine für alle Beamten gleichmäßig zu bemessende und einkommensunabhängige Kinderbeihilfe sowie einen gleichmäßigen, der Feuerung anzupassenden projektionalen Zuschlag zum Gehalt und zu der Kinderbeihilfe. Weiterhin sollen die Bezieher der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen erhöht werden.

Der Antrag wünscht schließlich, daß die angeregte neue gesetzliche Regelung bereits am 1. April 1922 in Kraft trete und daß an die Stelle der von der Staatsregierung vorgelegenen Überfenerungsansätze den Beamten, Lehrern und Geistlichen für die Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. 22 sofort eine für alle Gehaltsgruppen gleiche, nur nach dem Familienstand abgestufte ausreichende Wirtschaftsbefähigung gewährt werden soll.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

16)

Zuweilen wucherte der leuchtende Leib eines Fabeldampfers langsam heran und legte sich schwerfällig an die schwimmende Landungsbrücke, daß die aufgewühlten Wellen bis hoch auf den Uferand heraufschlachten und die buntbewimpelten Ruderboote auf der Reede des Restaurants schwankend aneinander prallten.

Eine halbe Stunde später wanderte die kleine Gesellschaft über die waldigen Hänge des Glieder Fortes um die vor- springende Halbinsel des Raps.

Kurt hatte, um das Wassergestriebe des Berliner Sonnenpublikums zu vermeiden, absichtlich den Höhenweg gewählt, einen schmalen, wenig betretenen Fußpfad, auf dem man nur selten einem Menschen begegnete.

Aus der Tiefe zur Rechten schaute der See wie mit sehnsüchtig lodenden Augen zu ihnen herauf. Zuweilen rauchte ein Vogelzug hoch oben in den Lüften, ein Keil von Wildgänsen strich zu den weichen, grünen Hügelketten jenseits des Cladower Sandwerders hinüber.

Der Frühlingswind sang in den wehenden Gräsern sein helles, klingendes Lied.

Dann wurde es wieder ganz still und einsam.

Nur aus der Ferne kam, wie die Stimme dieser großen Stille, der schwache, eintönige Ruf eines Rinducks.

Lotte hatte sich Kurt in den Arm gehängt und ging mit halbgelassenen Lippen wie im Traum an seiner Seite dahin.

Sie sprachen nur selten, mit gedämpftem Flüstern, als flüchteten sie durch ein lautes Wort die Weiße dieser Stunde zu entheiligen.

Es war ihnen wie ein verzaubertes Land ringsum, so voll Hoffnung, voll Leben, voll Glück, die ganze Welt wie überhaupt von dem goldenen Brautpaar des Frühlings.

„So möchte ich immer mit dir gehen, Kurt!“ sagte Lotte endlich. „Mein ganzes Leben lang! Durch einen vollerblichten Frühlingsstag!“

Ihre Stimme schwankte, eine große Träne tropfte plötzlich heiß auf die Hand des Mannes.

Erschrocken beugte sich Kurt zu ihr herab.

„Über Lottel!“

„Sag mir, hat sie leise. „Es ist der Frühlings, der mich

Die Auslieferung der Mörder Dato.

Einspruch der Gewerkschaften und der Afa.

Seit längerer Zeit hatte die spanische Regierung die Auslieferung der in deutscher Hand befindlichen, des Mordes an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato beschuldigten Spanier Luis Riclan Fort und Lucia Joaquina Concepcion verlangt. Die beiden sind jetzt auf Grund der spanisch-deutschen Auslieferungsverträge an die spanischen Behörden übergeben worden. Die deutsche Regierung hat dabei gegenüber der spanischen Botschaft in Berlin den Wunsch ausgesprochen, daß ein gegen die Beschuldigten etwa ausgesprochenes Todesurteil nicht vollstreckt werden möge. Das Entschuldigungsrecht hatte die preussische Regierung. Auf die Ermittlung der Mörder hatte die spanische Regierung eine Belohnung von 1 Million Pesetas ausgesetzt.

Eine Protesterklärung.

Nicht nur die linksstehende Presse Berlins hat gegen diese Auslieferung scharf Stellung genommen, sondern auch der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa veröffentlichten eine Erklärung, worin sie den allerhöchsten Protest erheben. Sie stellen darin fest, daß im eigenen Lande zahllose politische Verbrechen gegen die junge deutsche Republik fortwährend ungeahnt blieben, daß im Gegensatz zu der Verhaftung der beiden Spanier zahlreiche deutsche politische Verbrecher, auch politische Mörder im eigenen Lande sich der Verhaftung fortwährend entziehen oder aus den Gefängnissen und Strafanstalten entweichen konnten, und daß im Auslande diese deutschen politischen Verbrecher und Mörder überall unbehelligt bleiben könnten und mitunter sogar behördliche Unterstützung finden.

Die Gründe der preussischen Regierung

für die Auslieferung gehen im wesentlichen auf den deutsch-spanischen Auslieferungsvertrag von 1878 zurück, der von der Auslieferung bei politischen Vergehen und Verbrechen absieht. Bei der Tat der angeblichen Mörder Dato handelt es sich aber nicht um ein Verbrechen, das etwa im Rahmen eines Hochverratsplanes begangen wäre, um ein Verbrechen zu politischen Zwecken, sondern nur um ein Verbrechen aus dem Motiv politischer Rache.

Sachleistungen im „freien Verkehr“.

Einspruch von rechts und links.

Nach Mitteilungen aus sozialdemokratischer Quelle hat die Reparationskommission den Vorschlag gemacht, daß die deutschen Sachleistungen, die nach dem Wiesbadener Abkommen auf den Wiederaufbau in Nordfrankreich beschränkt und an die Einrichtung besonderer Abgabe- und Annahmestellen gebunden waren, in Zukunft im Wege des freien und privaten Handelsverkehrs erfolgen sollen, mit dem einzigen Unterscheid, daß der deutsche Verkäufer die Bezahlung für seine Lieferung vom Deutschen Reich erhält, während der ausländische Käufer den zur Zahlung bestimmten Betrag an seine Regierung abführt, die ihn dem deutschen Entschädigungskonto gutschreibt. Gegen diesen Plan erhebt sich, noch ehe er spruchreif geworden ist, sowohl von Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer bemerkenswerter Widerspruch. Die volksparteiliche „Zeit“ schreibt dazu:

„Auch wenn es sich auf jeden Fall, daß die Entente — in der Hauptsache handelt es sich wohl um Frankreich und Belgien — auf dem Wege dieser Sachleistungen ein Mittel erhält, um die deutsche Produktion nach ihrem Verbleiben zu regulieren. Diejenige Industrie, die namentlich für solche Leistungszwecke in Frage käme, würde mit Aufträgen überhäuft sein und würde wohl auch die zur Produktion nötigen Rohstoffe erhalten. Alles andere wäre der Gefahr ausgesetzt, zu verfallern. Aber noch viel größer ist die finanzielle Tragweite dieses Planes. Die deutsche Regierung müßte, um die deutschen Verkäufer zu entschädigen, für mindestens 1½ Milliarden Goldmark deutsches Papiergeld ausgeben. Damit wären sämtliche Sanierungspläne über den Hausen geworfen und die deutsche Währung würde weiter in den Abgrund sinken.“

Von anderen Gesichtspunkten aus kommen die Gewerkschaften zu einem nicht weniger scharfen Protest. Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt darüber u. a.:

„Die unaussprechliche Folge wäre, daß einmal die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Arbeit unter möglicher Berücksichtigung der durch Erwerbslosigkeit nothleidenden Bezirke unter den Tisch fielen. weil durch den freien Verkehr jedweder Ein-

10 traurig magst —

Sie waren auf einem der steil abfallenden Raps der Uferböschung stehen geblieben und schauten von hier aus weit hinaus in das unabsehbare Frühlingsmeer der Glieder Heide.

Wie ein schimmerndes Orbnisband legte sich die blaue Favel durch die weissen Wälder.

Aus der grünen Dase der Pfaueninsel grüßte der weiße Bau der Meierei.

Und über dem Ganzen, wie eine lustige Brücke sich schwingend, die zarte Dufschimmung des Frühlingshimmels, eine große, stille Symphonie des Werdens mit tausend frohen Hoffnungsarten, leuchtete Kinderlaute.

Lotte war ganz dicht an den Rand der Böschung herangetreten und lauschte auf das müde Raunen der hohen Baumkronen, das seine Singen der Tannennadeln, das sie wie ein leise gemurmertes Schlummerlied umgitterte.

Und plötzlich breitete sie die Arme aus, als ob sie sich wie ein Vogel hinauszufliegen wollte in das leuchtende Aetherblau, daß Kurt besorgt näher zu ihr herantrat.

Doch sie wehrte ihm lächelnd.

„Ich bin ja so glücklich, Kurt, wie berauscht! Darum laß mich heut' so ganz wie ich will! Wie hab' ich mich in der letzten Woche nach diesem Sonntag gefühlt! Die Tage hab' ich gezählt, wie ein Kind vor dem Weihnachtsabend! Wie war ja so angst!“

„Angst um dich, Lotte?“

„Nein, Kurt, nicht um mich allein. Es war so ein unbestimmtes Angstgefühl um uns alle! Und dann quälte mich immer eine bange Ahnung, daß ich dich vielleicht bald verlieren könnte!“

„Aber, Lotte, wie kannst du so reden!“

„Sei mir wegen dieser Worte nicht böse, Kurt!“ bat das Mädchen. „Du hast mir aber einst selbst gesagt, daß ich mich dir mit allem anvertrauen sollte, was ich auf dem Herzen hätte, daß wir beide kein Geheimnis voreinander haben dürften! Darum bin ich jetzt so offen zu dir. Sieh, Kurt, in all dem Unglück, das über mich hereingebrochen ist, hat mich in erster Linie immer der Gedanke gekräftigt, daß du mir so treu zur Seite gewesen bist und auch jetzt noch zu mir hältst, da ich ein ganz armes Mädel geworden bin!“

„Aber Lotte, ich verstehe dich nicht! Ist dir denn auch nur einen Moment lang ein Zweifel an dem Bestande meiner Liebe gekommen?“

In jähem Ersticken neigte Lotte den Kopf tiefer. „An dem Bestande deiner Liebe nicht, Kurt, wohl aber an dem Bestande unieres Verhältnisses! Denn du, Kurt,

stehst auf die Vergeltung der Arbeiten fallen wurde. Der freie Verkehr würde aber weiter Schiedertum und Reparationsgewinnler der höchsten Art gerabezu züchten.

Die Gewerkschaften haben daher sofort bei der Regierung die ernste Verwahrung gegen diese Art der Regelung eingelegt und gefordert, daß für alle solche Sachleistungen, die ihrer Natur nach durch die gebundene kontrollierte Wirtschaft aufgebracht werden können, so wie es ursprünglich geplant war, der Leistungsverband zuständig sein soll. Die deutschen Gewerkschaften vertreten mit aller Entschiedenheit die Durchführung einer Organisation, die die Sachleistungen erträglich macht und den deutschen Arbeitnehmern eine Mitbeteiligung und Mitkontrolle sichert.“

Diese ganze Frage wird nach Lage der Dinge einer gründlichen Durchberatung in Parlament und Regierung und zunächst im auswärtigen Ausschuss des Reichstages unterzogen, ehe sie zu einem festen Abkommen führen kann.

Soziales und Provinzielles.

Salver den 27. Februar 1922

□ Zur Wetterlage. Die Erwartung, daß der Winter von uns Abschied genommen habe, scheint sich zu erfüllen. Die Temperaturen stiegen im Laufe der dritten Februarwoche langsam höher. Unter dem Einfluß der vom Westen vorüberziehenden Tiefdruckwirbel traten bei lebhaften Winden aus westlichen Richtungen weitverbreitete Niederschläge auf, die zum Teil außerordentlich ergiebig waren. In den höheren Lagen der deutschen Mittelgebirge liegt noch Schnee, doch steht auch hier langsam Tauwetter ein. Gegenüber dem über Südwesteuropa lagernden Hochdruckgebiet liegt im Westen ein augenscheinlich stark ausgeprägtes Tief, von dem sich zahlreiche kleinere Wirbel lösen und ostwärts vorstoßen. Bei dieser Luftdruckverteilung ist mit einer Fortdauer des milden aber veränderlichen Wetters zu rechnen.

□ Fahrpreisermäßigung auf der Eisenbahn. Nach einer neuen Bestimmung des Reichsverkehrsministers sind in Zukunft auch Lehrlinge zur Lösung von Schülermonatsfahrten berechtigt, wenn sie auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages ein Handwerk erlernen und das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben. Ferner wird Studierenden und auswärtigen Schülern für Eisenbahnfahrten zwischen Universität oder Schule und Wohnort zu Beginn und am Schluß des Semesters sowie bei längeren Ferien eine Ermäßigung des Fahrgebühres um die Hälfte gewährt, aber nur für die dritte und vierte Wagenklasse. Die Ermäßigung soll schon zu den bevorstehenden akademischen Ferien in Kraft treten. Die näheren Bestimmungen sind in Vorbereitung und werden demnächst mitgeteilt; die Auspostellen können zurzeit Auskunft noch nicht erteilen.

□ Essener Kreditanstalt, A.-G. Das Unternehmen hat das Bankhaus C. Basse in Lüdenscheld, an dem es bisher nur kommanditistisch beteiligt war, übernommen. Es wird als Filiale der Essener Kreditanstalt weitergeführt.

□ Das Ständige deutsch-niederländische Handelschiedsgericht (errichtet durch Vertrag der niederländisch-westfälischen, sowie der südwestfälischen Handelskammern mit der Niederländischen Kamer van Koophandel voor Duitsland) übernimmt die endgültige und außergerichtliche Erledigung von Streitigkeiten zwischen deutschen und niederländischen Handel- und Gewerbetreibenden durch Vergleich oder Schiedsspruch. Voraussetzung für die Aufnahme des Verfahrens ist, daß entweder beide Parteien — Kläger und Beklagter — mit der Anrufung des Schiedsgerichts einverstanden sind, oder aber, daß die Zuständigkeit des Schiedsgerichts durch eine bei Abschluß des Lieferungsvertrages in diesen aufgenommenen Klausel folgenden Inhalts ohne weiteres gegeben ist: „Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten, die über die Ausführung oder Auslegung dieses Vertrages entstehen, werden unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges auf Grund des deutsch-holländischen Schiedsgerichtsvertrages vom 3. März 1921/11. März 1921, hinterlegt bei der Niederh. Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort und bei dem Notar Hendrik Wertheim mit dem Amtssitz in Amsterdam, erledigt“. Anfragen und Anträge sind zu richten an das Sekretariat bei der Niederh. Handelskammer Duisburg-Wesel zu Duisburg-Ruhrort, Fürst Bismarckstraße 44.

„Du eine sanftere Natur, du brauchst Licht und Sonne, um dich weiter zu entwickeln! Die kleinen, beschränkten Verhältnisse, in die dich das Schicksal hineingestoßen, sie ziehen dich nur herab, sie machen dich pessimistisch und verzweifelt. Sie lähmen deine Kraft! Da hab' ich mir schon manchmal gedacht, ob ich dir unter den jetzigen Verhältnissen nicht nur eine Fessel, ein Hemmnis sei, ob ich nicht ein Verbrechen an deiner Zukunft beginge, wenn ich dich durch das Band, das uns verknüpft, vielleicht auf Jahre noch am Boden halte!“

„Lotte, wenn du wüßtest, wie du mich mit solchen Worten trankst!“

„Ich will dich nicht tranken, Kurt, nur sagen will ich dir, wie es in mir aussieht! Gerade aus diesen Gedanken, in denen ich auch nur mit der Vorstellung einer Trennung gespielt, habe ich erkennen gelernt, wie ich dich liebe, wie ich mich mit dir eins fühle! Wie oft, wenn ich morgens in meinem Kontor sitze und langweilige Geschäftspapiere kopieren muß, packt mich ein übermächtiges Verlangen, daß ich am liebsten alles hinwerfen und mich zu dir flüchten möchte!“

„Verlaß mich nicht, Kurt!“ rief sie plötzlich leidenschaftlich hervor. „Du bist ja mein ein und mein alles! Ich glaube, ich müßte sterben, wenn ich dich jetzt verlieren sollte!“

„Lotte!“

Er hatte sie in seine Arme genommen und strich ihr lieblos über die glühenden Wangen. Und da auf einmal küßte sie ihn, als ob sie ihn nie wieder freigeben wollte. Nach langen Minuten erst erhob sie wieder den Kopf.

„Wir müssen verständlich sein, Kurt!“ sagte sie leise.

„Noch hab' ich dich ja und will dich für immer behalten!“

Die Uhr zeigte bereits auf den Beginn der achten Stunde, als die jungen Leute den Fußweg von Sulfoldsee herabstiegen und an der Haltestelle der Pfaueninsel einen Stromdampfer zur Heimfahrt nach Wannsee bestiegen.

Der Tag begann sich allgemach zu neigen.

Die Sonne ging langsam zur Rüste.

Die ersten Abendnebel wallten empor, milchig-weiß, und legten sich über das raumende Weidengebüsch am Uferand.

Zuweilen rauchte die Kieselsteine schwer, in den lang hinausrollenden Fluten blühte es lodend auf wie das Rachen eines schönen Mädchens, das schelmisch die weißen Zähne zeigt.

(Fortsetzung folgt)

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, 100 für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Guldenplätze	21. 2.		23. 2.		Stand 1. 3. 12
	Brief	Geld	Brief	Geld	
Estland ... Gulden	8388,80	8383,40	8204,25	8220,75	170 Mk.
Dänemark ... Kronen	4575,41	4534,60	4525,45	4534,55	112
Schweden ... Kronen	5734,20	5835,80	5708,75	5713,25	112
Norwegen ... Kronen	8723,25	8733,75	8671,21	8678,70	112
Schweiz ... Francs	4230,70	4289,30	4215,75	4224,25	72
Österreich ... Schilling	219,03	219,47	214,73	215,22	4,40
England ... Pfund	984,00	988,00	945,05	948,95	20,20
Frankreich ... Francs	199,30	199,70	198,00	197,00	80
Belgien ... Francs	1393,19	1391,91	1385,80	1389,40	80
Italien ... Lire	1198,85	1111,15	1082,97	1085,10	80
Ungarn ... Kronen	4,38	4,42	4,43	4,47	85
Tschechien ... Kronen	81,18	81,24	81,38	81,44	85
Schweden ... Kronen	873,35	874,15	870,60	880,40	

Berlin, 24. Februar. (Stand der polnischen Mark.)

Polenmark an der heutigen Börse mit 5,52% W. bewertet.
* Berliner Produktbörse. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer, 552-558 M., pommerscher 545-552 M., Roggen, märkischer, 416-420 M., pommerscher 410 bis 415 M., weizenreife 410 M. Matter. Sommergerste 408 bis 415 M. Stroh. Hafer loco Berlin 390 M., märkischer 375 bis 380 M., mecklenburger 375-378 M. Stroh. Mais ohne Probenanzugabe Februar und März-April 365-370 M. ab Hamburg. Stroh. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin

1360-1400 M. Feinste Weizen über Notiz bezahlt. Stroh. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 1020-1110 M. Stroh. Weizenmehl frei Berlin 320-325 M. Stroh. Roggenmehl frei Berlin 320-325 M. Stroh. Mais 850-860 M. Schweinefleisch, Vitoria, 560-580 M. ab Station, H. Speisefleisch 440-450 M. ab Station, Futtererbsen 390-410 M. ab Station, Lupinen, blaue, 390-400 M. ab Station, gelbe 500-540 M. ab Station, Bohnen 385-400 M. ab Station, Leinsamen 600 M. ab Station, Trogenschmelz 305 bis 315 M. ab Station, balt. Ruderhölzer 300-340 M. ab Station, Torfmehle 30-70 140-145 M. ab Station.

Echtheitspreise. Die nachstehende Tabelle zeigt den Preis für den Dantner Lebendgewicht in Mark an den einzelnen Plätzen:

	Milch	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin	22. 2. 650-1350	950-1800	700-1300	1500-2050
Dresden	20. 2. 660-1400	1100-1500	790-1300	1400-2000
Hamburg 16. 21. 2.	550-1500	900-1700	600-1150	1300-2000
Dortmund 20. 2.	750-1600	900-1350	700-1100	1500-2000
Köln a. Rh. 20. 2.	800-1700	825-1800	875-1000	1500-2100
Kranff. a. Rh. 20. 2.	550-625	1100-1600	600-1250	1600-2100
Stuttgart 21. 2.	580-1380	1300-1600		1380-1680

* Die Industrie gegen die Erhöhung der Gültartise. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärte zu der Meldung, daß die Reichsbahnen ihren Gültartise am 1. März 1922 wiederum um 20 Prozent erhöhen wollen, daß die Frachttarife nach Ansicht des Reichsverbandes jetzt schon die Geldentwertung weit überholt haben und zu einem gefährlichen Antriebe für weitere Geldentwertung geworden seien. Der Reichsverband warnt vor weiteren Schritten auf diesem Wege, erhebt Protest gegen die zum 1. März geplante weitere Erhöhung und fordert erneut von der Eisenbahnverwaltung, daß sie ihren Fehlbetrag durch wirtschaftlichere Gestaltung des Betriebes beseitigt.

* Ermäßigung der Zigarettensteuer. Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 23. Februar wird die Zigarettensteuer für Zigaretten im Kleinvertriebspreis von 25, 30, 40 und 50 Pfennig das Stück mit Wirkung vom 15. März dieses

Jahres ab um 20 Prozent ermäßigt. Es ist damit den Bestimmungen der Zigarettenindustrie, soweit es nach Lage der geltenden Bestimmungen durchführbar war, entsprochen worden.

* Die Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Der Reichsrat beriet den Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Dieser enthält entscheidende Änderungen gegenüber der bisherigen Ausfuhrabgabe. Bisher wurde die Abgabe durch die Außenhandelskontrolle erhoben, lediglich für Artikel, die an eine besondere Ausfuhrgenehmigung gebunden waren. Künftig sollen alle Ausfuhrartikel mit einer Abgabe belegt werden. Mit diesem Grundsatze des Gesetzes erklärte sich der Reichsrat einverstanden, man war jedoch der Ansicht, daß die Ausfuhrabgabe möglichst elastisch gestaltet werden sollte, so daß sie sich den jeweiligen Marktsverhältnissen ohne weiteres anschließen könne. Die Höhe des Tarifs wurde den Ausführungsbestimmungen vorbehalten, ebenso das System der Erhebung der Abgabe.

* Die tschechische Handelsbilanz. Nach der endgültigen festgestellten Handelsbilanz für das Jahr 1920 betrug der Wert der eingeführten Waren 23.324 Millionen tschechoslowakischer Kronen, der Wert der ausgeführten Waren 27.569 Millionen tschechoslowakischer Kronen.

Arbeiter und Angestellte.

Mn. (Bewegung unter der Beamenschaft.) In einer vom Beamtenausschuß und den Angestelltenräten der Stadt Köln einberufenen Versammlung wurde beschlossen, einen sofortigen Vorschuß von 3500 Mark zu verlangen. In einer dem Oberbürgermeister, dem Reichsfinanzminister und dem Reichstagspräsidenten übergebenen Entschließung wird darauf hingewiesen, daß die Stimmung namentlich in den unteren und mittleren Gruppen der Beamenschaft durch die Teuerung aufs äußerste gereizt sei.

Schriftleitung: Wth. Bell jr., Halber, Westf.

Konfirmanden- u. Kommunikanten-Anzüge

aus bewährt echt blauen Stoffen, in allen neuen 1- und 2-reihigen Formen, mit langer und kurzer Kose

Unsere großen Spezial-Geschäfte bürgen für
reichhaltige Auswahl,
gute Verarbeitung, billigste Preise!

325.- 425.- 525.- 650.- Mk.

750.- 850.- 950.- 1300.- Mk.

Gehr. Scherfig

Hagen, Elberfelderstr. 39a Bochum



Wer treu gewirkt,
Bis ihm die Kraft gebricht,
Wer liebend stirbt,
Ach, den vergißt man nicht.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute mittag 12 1/2 Uhr meine unvergessliche Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwiegerin und Tante

Ehefrau Hermann Hager

Anna geb. Over

nach kurzem Leiden im Alter von 59 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Herm. Hager.

Romberg b. Kierspe und Lüdenscheid,
den 24. Februar 1922

Die Beerdigung findet am Montag, den 27. Febr.
nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

EINE DAME



SAGT ES
DER ANDEREN
Nichts geht über Favorit!
Favorit der beste Schnitt!

Favorit

Moden-Album || Jugend-Modenalbum

für Frühjahr und Sommer 1922.

Preis 8.50
gegen Voreinsendung
Mk. 10.50

Preis Mk. 7.—
gegen Voreinsendung
Mk. 9.—

Die beliebten, millionenfach bewährten

Favorit-Schnittmuster

sind in reichster Auswahl vorrätig

Hermann
Kornblum,
Hagen i. Westf., Frankfurterstr. 97 — 109
gegenüber d. Johanneskirche

Erhalte in den nächsten Tagen

mehrere Waggon

Knochenmehl.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdepe,

Halber.

— Telefon Nr. 40. —

Erhalte im Monat März

mehrere Waggon

**prima sortenreine
Pflanzkartoffeln**

und zwar
Industrie, Appte date, Westa
u. oval Blaue (Frühkartoffeln)
Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdepe, Halber,

Telefon 40.

Baterl. Frauenverein
Bezirksgruppe Göttersfeld.

Versammlung

Mittwoch, den 1. März
nachmittags 4 Uhr im Lokale
Karl Kreising, Grünbaum.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Zahlung der Beiträge.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bernstein-
Fußbodenlackfarbe

sowie

Bohnerwachs in Friedens-

qualität

empfiehlt

Halversche Mediz.-Drogerie

Carl Menke

Frankfurterstr. Fernruf 281

Violinunterricht

erteilt gründlich

Ed. Larsson, Halber,
Hochstraße 21.

Kleiner Ofen,

Zuglampe,

Kugellampe,

Kronleuchter

(6-armig, emailliert)

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle des
Mg. Anzeigers Halber.

Schwefelsäuren

Ammoniak

hat abgegeben

Otto Ohler,

Ost-Rönshof.

In Ostern ein

Lehrling

gesucht.

Otto Rodemann

Schreinermeister

Ehringhausen bei Oberbrügge.

Lehrling

für Bügelisen-Schmiede zum
sofortigen Eintritt oder zu Ostern
gesucht.

August Berghaus,
Eisenwarenfabrik

Oberbrügge i. Westf.

Zum sofortigen Eintritt suche ich

eine perfekte

Maschinen-

Schreiberin

Anfängerinnen sind ausgeschlossen

Schriftliche Angebote erbittet

C. S. Steinbach

Oberbrügge i. W.

Suche ein junges ordentliches

Mädchen

Frau Albert Niebuhr
Halber, Berlinerstraße 38.

Ein jüngeres

Mädchen

auf sofort oder später gesucht.

Frau Herm. Steller,
Halber-Langenscheid.

Wirtschafst

Gasthof oder ländliche Bekanntschaft
zu kaufen gesucht.

Bahle Kaufpreis sofort aus.

Off. u. S. 101 an Westfälische
Zeitung, Westf.

Ant Halber.

Jagdverpachtung.

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß die öffentliche Verpachtung der in 15 Bezirke eingeteilten Jagd-
anpachtung der Landgemeinden Halber und Schalksmühle
nach Maßgabe der ausgelegten Pachtbedingungen am
Mittwoch, den 15. März 1922, nachmittags 2 Uhr
im Saale des Hauses „zur Fuhr“ in Halber
stattfindet.

Druckstücke der Pachtbedingungen sind zum Preise
von 12 Mk. für das Stück im Amtshause in Halber,
Zimmer Nr. 3, zu haben.

Halber, den 24. Februar 1922.

Der Jagdvorsteher

der Gemeinden Halber und Schalksmühle

Fernholz, Gemeindevorsteher.